

Sehr geehrter Herr Friedrich,

Vielen Dank für Ihre freundliche Rückmeldung und herzliche Grüße an Frau Ministerin Köpping.

Ihre Erklärungen lassen vermuten, dass unser Schreiben nicht gelesen wurde. Nichtsdestotrotz bieten wir weiterhin die Grundlagen für einen ernsthaften inhaltlichen Austausch an. Daher senden wir die Vorgaben des Gesetzgebers und den Inhalt unseres Schreibens in Kurzfassung:

1. Streuner-Kastrationen benötigen eine rechtlich Grundlage. (Deutscher Bundestag, Ds 17/9783)
2. Der Nachweis von Katzenpopulationen ist nicht komplex. (Deutscher Bundestag Ds 18/11890)
3. Alleine die Anzahl der durch das Land geförderten Kastrationen in Sachsen (4000 in zwei Jahren, Tendenz steigend) rechtfertigt eine landesweite Verordnung. (§13b TierSchG - Maßnahmen wirken nicht)
4. Das Leid freilebender Katzen ist der Hauptgrund, warum §13b TierSchG in die Gesetzgebung Einzug hielt. (Deutscher Bundestag, Ds 17/10572)
5. Es gibt nachweislich 11 Bundesländer mit einer Katzenschutzregelung nach §13b TierSchG, die Fördergelder für die Streuner-Kastration bereitstellen, bei 2 konnten wir aktuell noch nicht abschließend recherchieren und die verbleibenden 3 haben keine Regelung nach §13b TierschG.
6. Die Schlussfolgerungen der "Leipziger Studie" sind zweifelhaft, z.B. weil
 1. weniger Kastrationen nicht automatisch bedeuten, dass es weniger Streuner gibt. Auch nach 30 Jahren Katzenkastration wurden laut Studie weiterhin Katzenpopulationen nachgewiesen und im Schnitt 200 Streuner pro Jahr kastriert.
 2. über 50% der in Leipzig untersuchten Tiere leiden an Parasiten, Darmerkrankungen oder Zahnproblemen - trotz Versorgung an Futterstellen. Dieses Untersuchungsergebnis ist der Nachweis für das Streuner-Leid
7. Ohne Regelung kann keine Ordnung in die Katzensituation gebracht und zwischen freilebenden und freilaufenden Katzen unterschieden werden. Diese Erkenntnis wird auch in erster Tendenz durch unsere Umfrage bestätigt (siehe beigefügte Übersicht).

Bereits seit Jahrzehnten werden - wie auch in Sachsen - freilebende Katzen kastriert, von TierschützerInnen organisiert und meist auch finanziert. Trotzdem fordern sie immer lauter eine Regelung, da das Katzenleid ehrenamtlich ohne Rückenstärkung in Form eines gesetzlich verankerten Katzenkastrationsgebots nicht mehr händelbar ist. Auch der Sächsische Landestierschutzbund forderte noch 2020 konkret eine Regelung nach §13b TierSchG und belegte dies mit den erforderlichen Daten.

Dass Sächsische TierschützerInnen nach der neuerlichen Absage einer Regelung schweigen, mag mit dem seither kursierendem Gerücht zu tun haben, dass es mit einer Regelung zum Schutz der Katzen keine Landes-Fördergelder für die Streuner-Kastration mehr geben würde.

Eine bundesweite Regelung zur Kastration von Freigänger-Katzen ist nicht abzusehen, daher müssen die Länder wegen des Staatsziels Tierschutz ihre Möglichkeiten mit §13b TierSchG ausschöpfen.

Wir erwarten weiterhin eine Neubewertung mit korrekten Entscheidungsgrundlagen, da die aktuelle Begründung gegen eine Regelung zum Katzenschutz auf falschen oder unvollständigen Informationen beruht.

Mit freundlichem Gruß,

Anke Feil

- Schreiben an das Ministerium: <https://politik-fuer-die-katz.de/wp-content/uploads/2023/11/20231127-Neubewertung-KSchV-erforderlich.pdf>
- Analyse der Leipziger "Streuner-Studie": <https://politik-fuer-die-katz.de/die-leipziger-streuner-studie/>
- Dokumentation Katzenschutz in Sachsen: <https://politik-fuer-die-katz.de/projects/freistaat-sachsen/>
- Petition: <https://www.change.org/p/landtag-sachsen-katzenschutzverordnung-in-sachsen>

Erste Ergebnisse einer Umfrage bei Kommunen mit einer Katzenschutzverordnung

Summen der Antworten	49	Manche Teilnehmer haben nur im Freitext geantwortet, der teilweise nicht in die vorgegebenen Antworten zu übertragen war.						
Fragen								
		ja	ja in %	etwas	etwas in %	unerheblicher Zeitaufwand	unerheblicher Zeitaufwand in %	
Frage 1	Bedeutete der Erlass der zusätzlichen Verordnung einen erheblichen Mehraufwand für die Verwaltung?	10	20	24	49	14	29	
		viel	viel in %	etwas	etwas in %	unerheblicher Zeitaufwand	unerheblicher Zeitaufwand in %	
Frage 3	Wieviel Zeitaufwand nimmt die Katzenschutzverordnung in der Verwaltung in Anspruch?	0	0	20	41	22	45	
		ja	ja in %	etwas	etwas in %	gar nicht	gar nicht in %	
Frage 7	Hilft die KaSchuVo der Gemeinde/Stadt, das Problem der Streunerkatzen besser zu kontrollieren?	18	37	18	37	1	2	
		keine	keine in %	einige	einige in %	viele	viele in Prozent	
Frage 5	Wie viele Bürger beschwerten sich über den Erlass der KaSchuVo?	30	61	16	33	0	0	
Frage 6	Wie viele Bürger meldeten seit dem Erlass der KaSchu Halter von unkastrierten Freigänger-Katzen?	21	43	24	49	1	2	
Frage 8 (!)	Haben Bürger aufgrund der Einführung der KaSchuVo die Einführung einer Katzensteuer gefordert?	31	63	5	10	1	2	hauptsächlich in BaWü abgefragt
Frage 10 (!)	Wie viele Meldungen wurden Ihnen zu Verstößen gegen die Katzenschutzverordnung durch einen Tierschutzverein gemeldet?	6	12	5	10	0	0	Start der Frage in Hessen 03/24
		ja	ja in %	nein	nein in %			
Frage 2 (!)	Bindet die KaSchuVo zusätzliches Personal?	0	0	41	84	erste Umfragen enthielten diese Frage nicht		
Frage 4	Gab/gibt es gerichtliche Klagen gegen die Verwaltung in Bezug auf die KaSchuVo?	0	0	48	98			
Frage 9 (!)	Gibt es einen Tierschutzverein bei Ihnen vor Ort, mit dem Sie zusammen zum Thema Katzenschutz und Umsetzung der Verordnung aktiv sind?	15	31	3	6	Start der Frage in Hessen 03/24. einige vorherigen Freitext-Antworten konnten hierauf angepasst werden		